

RECHTSVERORDNUNG MIT GESETZESKRAFT

RECHTSVERORDNUNG MIT GESETZESKRAFT BEZÜGLICH DER IM RAHMEN DES NOT- BZW. AUSNAHMEZUSTANDS ERGRIFFENEN MAßNAHMEN

Beschluss Nr: KHK¹/667

Die Ergreifung bestimmter Maßnahmen im Rahmen des Notstandes gemäß Artikel 121 der Türkischen Verfassung und gemäß Paragraph 4 des Gesetzes Nr. 2935 vom 25.10.1983 über den Not- bzw. Ausnahmezustand wurde am 22.7.2016 seitens des unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten zusammengetretenen Ministerrates beschlossen.

ERSTER TEIL

Ziel und Geltungsumfang

Ziel und Geltungsumfang

PARAGRAPH 1 -(1) Das Ziel dieser Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft besteht darin, im Geltungsumfang des per Beschluss des Ministerrates vom 20.7.2016 mit der Nummer 2016/9064 landesweit ausgerufenen Not- bzw. Ausnahmezustands diejenigen Maßnahmen, deren Ergreifung im Rahmen des Putschversuches und des Kampfes gegen den Terror unerlässlich sind, sowie die mit ihnen in Zusammenhang stehenden Regelungen und Prinzipien festzulegen.

ZWEITER TEIL

Maßnahmen bezüglich der Verhängung des Not- bzw. Ausnahmezustands

Maßnahmen bezüglich der Schließung von Einrichtungen und Institutionen

PARAGRAPH 2-(1) Folgende Institutionen und Einrichtungen, deren Zugehörigkeit, Nähe und Verbindungen zu der Fethullahistischen Terrororganisation (FETÖ/PDY)² nachgewiesen wurden, von der wiederum festgestellt wurde, dass sie eine Bedrohung der nationalen Sicherheit darstellt, sind geschlossen:

- a) private Gesundheitseinrichtungen und -institutionen, die auf der angefügten Liste mit der Nummer (I) verzeichnet sind
- b) private Erziehungs- und Bildungseinrichtungen und -institutionen, die auf der angefügten Liste mit der Nummer (II) verzeichnet sind, sowie die dort verzeichneten privaten Schüler- und Studentenwohnheime bzw. -pensionen

¹ Anm. d. Übers.: KHK ist das türkische Akronym für *Kanun Hükmünde Kararname* (dt. *Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft*)

² Anm. d. Übers.: Als FETÖ (tr. *Fethullahçı Terör Örgütü*, dt. „Fethullahistische Terrororganisation“) wird in der [Türkei](#) eine angebliche Organisation bezeichnet, die als Terrororganisation von Seiten der türkischen Regierung für den Putschversuch in der Türkei 2016 verantwortlich gemacht wird. Die Regierung, ihre Anhänger und Teile der Opposition glauben, dass FETÖ von dem Prediger Fethullah Gülen geführt wird. Die Organisation soll auch große Teile des Staatsapparates unterwandert haben. Daher lautet eine weitere Bezeichnung *Paralel Devlet Yapılanması* (dt. „Parallelstaatstruktur“, Abkürzung PDY). Oft wird die „Organisation“ auch „FETÖ/PDY“ genannt.

- c) Stiftungen und Vereine, die auf der angefügten Liste mit der Nummer (III) verzeichnet sind sowie deren Wirtschaftsunternehmen
- c) Dem Hochschulbereich zugehörige Stiftungseinrichtungen, die auf der angefügten Liste mit der Nummer (IV) verzeichnet sind
- d) Gewerkschaften, Föderationen und Konföderationen, die auf der angefügten Liste mit der Nummer (V) verzeichnet sind.

(2) Jede Art von beweglichen Gütern und Immobilien bzw. Grundstücken der geschlossenen Stiftungen ebenso wie jede Art ihres beweglichem Hab und Gutes, Vermögens und Eigentums, ihrer finanziellen Ansprüche, Guthaben bzw. Gutschriften, ihrer Forderungsrechte bzw. Forderungsansprüche, Dokumente, Akten, Papiere und Urkunden gelten als der Generaldirektion für religiöse Stiftungen ohne Gegenleistung übereignet. Die Gesundheitseinrichtungen der dem Hochschulbereich zugehörigen und nunmehr geschlossenen Stiftungseinrichtungen ebenso wie deren Forschungszentren gelten als dem Schatzamt bzw. Fiskus ohne Gegenleistung übereignet. Dies gilt auch für jede Art von beweglichen Gütern der übrigen geschlossenen Einrichtungen und Institutionen ebenso wie für jede Art ihres beweglichem Hab und Gutes, Vermögens und Eigentums, ihrer finanziellen Ansprüche, Guthaben bzw. Gutschriften, ihrer Forderungsrechte bzw. Forderungsansprüche sowie Dokumente, Akten, Papiere und Urkunden; die ihnen gehörenden Immobilien werden beim Grundbuchamt von Amts wegen auf den Namen des Schatzamtes eingetragen und zwar frei von jeder Art von Einschränkung und Grundlast. Bezüglich jedweder Art von Schulden und Obliegenheiten der in Absatz 1 Aufgeführten können keinerlei Rechte und Forderungen gegenüber dem Schatzamt geltend gemacht werden. Die Abwicklung der Übereignungen erfolgt je nach Zuständigkeit durch das Finanzministerium oder die Generaldirektion für religiöse Stiftungen im Wege der erforderlichen Hilfestellung aller beteiligten Institutionen entsprechend deren jeweiliger Zuständigkeit.

(3) Auf den angefügten Listen nicht aufgeführte private und Stiftungen zugehörige Gesundheitseinrichtungen und -institutionen, private Erziehungs- und Bildungseinrichtungen und -institutionen sowie private Schüler- und Studentenwohnheime und -pensionen, Stiftungen, Vereine, dem Hochschulbereich zugehörige Stiftungseinrichtungen, Gewerkschaften, Föderationen und Konföderationen, bezüglich all derer jeweils ihre Mitgliedschaft, Nähe oder Verbindungen zu Strukturen, Formationen bzw. Gruppen oder Terrororganisationen festgestellt wird, hinsichtlich derer wiederum festgestellt wurde, dass sie die nationale Sicherheit bedrohen, sind auf Vorschlag einer vom zuständigen Minister in den betreffenden Ministerien einzusetzenden Kommission mit Zustimmung des Ministers zu schließen. Bezüglich der in den Geltungsumfang dieses Absatzes fallenden und somit zu schließenden Einrichtungen und Institutionen gelten ebenfalls die Bestimmungen von Absatz 2.

(4) Die in den zu schließenden Hochschuleinrichtungen immatrikulierten Studierenden werden vom Hochschulrat an Staatsuniversitäten bzw. Stiftungsuniversitäten transferiert und dort immatrikuliert. Die in dieser Weise transferierten Studierenden bezahlen bis zu ihrem Studienabschluss ihre bisher gegenüber den dem Hochschulbereich zugehörigen Stiftungseinrichtungen zu entrichtenden Studiengebühren nunmehr an die betreffende Universität. Für die Ausarbeitung und Festlegung der bezüglich der Umsetzung dieses Absatzes geltenden Verfahren und Grundsätze, deren konkrete Umsetzung in die Praxis, die Ergreifung

jedweder Art von Maßnahmen und die Ausräumung von möglicherweise auftretenden Zweifelsfällen ist der Hochschulrat zuständig und befugt.

Maßnahmen bezüglich Angehörigen der Rechtsprechung sowie derjenigen Personen , die als dieser Berufsgruppe zugehörig zu erachten sind

PARAGRAPH 3-(1) Bezüglich Mitgliedern des Verfassungsgerichts, deren Mitgliedschaft in bzw. Zugehörigkeit, Nähe oder Verbindungen zu Terrororganisationen oder Strukturen, Formationen bzw. Gruppen als erwiesen gelten, hinsichtlich derer wiederum seitens des Nationalen Sicherheitsrat festgestellt wurde, dass sie gegen die nationale Sicherheit agieren, ergeht durch absolute Stimmenmehrheit des Großen Senats des Verfassungsgerichts der Beschluss, sie für einen weiteren Verbleib in ihrem Beruf ungeeignet und von daher aus ihrer beruflichen Funktion zu entlassen sind. Bezüglich des Kammervorsitzenden des Kassationsgerichtshofes und dessen Mitgliedern ergeht dieser Beschluss durch den Ersten Präsidialrat des Kassationsgerichtshofes. Bezüglich des Vorsitzenden des Staatsrates³ und dessen Mitgliedern ergeht dieser Beschluss durch den Präsidialrat des Staatsrates. Bezüglich Richtern und Staatsanwälten ergeht dieser Beschluss durch die Hauptversammlung des Hohen Rates für Richter und Staatsanwälte. Bezüglich Mitarbeitern des Rechnungshofes ergeht dieser Beschluss unter Vorsitz des Präsidenten des Rechnungshofes durch eine von den stellvertretenden Präsidenten und dem Präsidenten des Rechnungshofes zu bestimmende und aus einem Amtsleiter und einem Mitglied bestehende Kommission. Die Waffenscheine und Sonderpässe⁴ der aus dem Dienst entlassenen Personen verlieren ihre Gültigkeit; seitens dieser Personen sind die von ihnen bewohnten Wohnungen des öffentlichen Dienstes oder Dienstwohnungen der Stiftungen innerhalb von 15 Tagen zu räumen.

(2) Mit Datum des Inkrafttretens dieser Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft können Personen, die als Richteranwälter der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Verwaltungsgerichtsbarkeit und als Staatsanwaltsanwälter tätig sind, ungeachtet der Dauer ihrer Anwartschaft ins Richter- und Staatsanwaltsamt berufen werden, falls der Hohe Rat für Richter und Staatsanwälte dieser auf Vorschlag des Justizministeriums erfolgenden Berufung zustimmt.

Maßnahmen bezüglich Bediensteter des öffentlichen Dienstes

PARAGRAPH 4-(1) Für Personal des öffentlichen Dienstes, dessen Mitgliedschaft, Zugehörigkeit bzw. Nähe oder Verbindungen zu Strukturen, Formationen bzw. Gruppen oder Terrororganisationen als erwiesen gilt, hinsichtlich derer wiederum vom Nationalen Sicherheitsrat festgestellt wurde, dass sie mit ihren Aktivitäten gegen die nationale Sicherheit des Staates agieren, gilt das Folgende:

a) Personal, welches dem Gesetz Nr. 926 vom 27.7.1967 über das Personal der Türkischen Bewaffneten Streitkräfte unterliegt, wird auf Vorschlag des zuständigen Kommandanten der Streitkräfte, Vorschlag bzw. schriftlichen Bericht des Chefs des Großen Generalstabs und mit Zustimmung des Verteidigungsministers aus dem öffentlichen Dienst entlassen.

b) Personal, welches dem Gesetz Nr. 2803 vom 10.3.1983 über die Gendarmerie und deren Organisation, Aufgaben und Zuständigkeiten unterliegt, wird auf Vorschlag

³ Anm. d. Übers.: Oberstes Türkisches Verwaltungsgericht

⁴ Anm. d. Übers.: Spezielle Pässe mit grüner Farbe für bestimmte staatliche und politische Funktionsträger und ihre Familienangehörigen, die u.a. das visumfreie Reisen in europäische Länder ermöglichen.

des Oberbefehlshabers der Gendarmerie und mit Zustimmung des Innenministers aus dem öffentlichen Dienst entlassen.

c) Personal, welches dem Gesetz Nr. 2692 vom 9.7.1982 über die Kommandantur der Küstenwache unterliegt, wird auf Vorschlag des Kommandanten der Küstenwache und mit Zustimmung des Innenministers aus dem öffentlichen Dienst entlassen.

ç) Personal, welches dem Verteidigungsministerium untersteht, wird mit Zustimmung des Verteidigungsministers aus dem öffentlichen Dienst entlassen.

d) Personal, welches dem Gesetz Nr. 2914 vom 11.10.1983 über das Personal des Hochschulwesens unterliegt, wird auf Vorschlag des Vorsitzenden des Hochschulrates durch Beschluss des Hochschulrates aus dem öffentlichen Dienst entlassen.

e) Personal der Kommunal- und Stadtverwaltungen wird auf Vorschlag einer vom Vali⁵ eingesetzten und unter seinem Vorsitz zusammentretenden Kommission mit Zustimmung des Innenministers aus dem öffentlichen Dienst entlassen.

f) Eingestelltes Personal jedweder Planstelle, beruflicher Position und jedweden Status (einschließlich Arbeitern), welches dem Gesetz Nr. 657 vom 14.7.1965 über Staatsangestellte und Staatsbeamte und weiteren gesetzlichen Bestimmungen außer den in Paragraph 3 dieser Verordnung mit Gesetzeskraft angeführten Bestimmungen unterliegt, wird auf Vorschlag einer von einem mitzuständigen bzw. direkt zuständigen oder aber indirekt zuständigen Minister eingesetzten und unter dem Vorsitz des obersten Funktionsträgers der betreffenden Einrichtung oder Institution zusammentretenden Kommission mit Zustimmung des betreffenden Ministers aus dem öffentlichen Dienst entlassen.

g) In den übrigen Einrichtungen, die keinem Ministerium direkt oder indirekt unterstellt oder angegliedert sind, wird eingestelltes Personal jedweder Planstelle, beruflicher Position und jedwedes Status (einschließlich Arbeitern), auf Vorschlag des Abteilungsleiters mit Zustimmung des für Einstellungen zuständigen Personalchefs aus dem öffentlichen Dienst entlassen.

(2) Diejenigen Personen, die gemäß Absatz 1 aus dem Dienst entlassen werden, dürfen nicht wieder in den öffentlichen Dienst eingestellt oder direkt oder indirekt dort beschäftigt werden; auch jede Art von Mitgliedschaft und sonstigen Aufgaben, mit denen die aus dem Dienst Entlassenen in Kuratorien, Ausschüssen, Kommissionen, Vorständen und Verwaltungsräten, Aufsichtsräten und Liquidationsausschüssen betraut waren, gilt als beendet. Bezüglich der Ausübung der in diesem Absatz aufgezählten Aufgaben gelten die Bestimmungen dieses Absatzes auch für Personen, die keine Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind.

(3) Waffenscheine und Pilotenlizenzen der entsprechend diesem Paragraphen aus dem Dienst Entlassenen sind ungültig; seitens dieser Personen sind die von ihnen bewohnten Wohnungen des öffentlichen Dienstes oder Dienstwohnungen der Stiftungen innerhalb von 15 Tagen zu räumen. Diese Personen dürfen nicht als Gründer, Partner oder Beschäftigte privater Sicherheitsfirmen tätig werden.

(4) Entsprechend dem Geltungsumfang dieses Paragraphen können bezüglich Planstellen und Dienstposten, die das aus dem öffentlichen Dienst entlassene Personal innehatte, ungeachtet des Haushaltsgesetzes über die Zentralverwaltung und ungeachtet von Beschränkungen in anderen Gesetzesbestimmungen in einer vom

⁵ Anm. d. Übers.: Vali türk. für *Gouverneur*; höchster Exekutivbeamter einer Provinz oder eines größeren Verwaltungsbezirks

Ministerrat festzulegenden Zahl Neuberufungen auf Planstellen und Dienstposten vorgenommen werden.

Maßnahmen, die bei eingeleiteten Strafermittlungsverfahren zu ergreifen sind

Paragraph 5- (1) Diejenigen Personen, gegen die ein Verwaltungsverfahren betrieben wird und gegen die mit derselben Begründung Strafermittlungs- bzw. Strafverfolgungsverfahren eingeleitet wurden und zwar aufgrund von Mitgliedschaft, Nähe oder Verbindungen zu Strukturen, Formationen bzw. Gruppen oder Terrororganisationen, von denen wiederum festgestellt wurde, dass sie eine Bedrohung der nationalen Sicherheit darstellen, sind unverzüglich von den das Verwaltungsverfahren betreibenden Einrichtungen oder Institutionen der zuständigen Passstelle zu melden. Auf diese Mitteilung hin sind die Pässe von den zuständigen Passstellen ungültig zu machen.

Strafermittlungs- und Strafverfolgungsverfahren

Paragraph 6- (1) Für Straftaten, die im Gesetz Nr. 5237 vom 26.9.2004 des Zweiten Buches des türkischen Strafgesetzbuches, Teil 4, Abschnitte 4, 5, 6 und 7 aufgeführt sind, gilt während der Dauer des Ausnahmezustandes ebenso wie für Straftaten, die in den Geltungsumfang des Gesetzes zur Bekämpfung des Terrors Nr. 3713 vom 12.4.1991 fallen, und für kollektiv begangenen Straftaten das Folgende:

a) Die Dauer der Polizeihaft darf vom Augenblick der in Gewahrsamnahme an 30 Tage nicht überschreiten, wobei die erforderliche Zeitdauer der Überstellung des Verdächtigen an den zum Ort der Verhaftung nahegelegensten Richter bzw. das nahegelegenste Gericht von dieser Frist ausgenommen ist.

b) Festgenommene Militärangehörige sind den Bediensteten der Justizpolizei zu übergeben.

c) Im Geltungsumfang der eingeleiteten Strafermittlungsverfahren können die Aussagen aller Verdächtigen, Geschädigten und Zeugen einschließlich der Bediensteten des öffentlichen Dienstes ohne Ansehen von Funktion und Titel auch von den Bediensteten der Justizpolizei aufgenommen werden.

ç) Gegen Militärangehörige ausgestellte Haftbefehle sind in den Strafvollzugsanstalten zu vollstrecken, die in Paragraph 111 des Gesetzes Nr. 5275 vom 13.12.2004 über die Vollstreckung von Straf- und Sicherheitsmaßnahmen benannt sind.

d) Bei Gesprächen der Inhaftierten mit ihren Anwälten können im Falle einer Gefährdung der Gesellschaft oder der Sicherheit der Strafvollzugsanstalten, der Lenkung und Steuerung von Terrororganisationen oder anderer krimineller Organisationen, im Falle des Vorliegens der Wahrscheinlichkeit der Absicht zur Erteilung von Befehlen und Anweisungen an diese Organisationen durch die Übermittlung von Nachrichten, die möglicherweise geheim sind, sowie der Weitergabe unverschlüsselter oder verschlüsselter Nachrichten diese Gespräche auf Beschluss des Staatsanwalts der Republik mit technischen Geräten mündlich oder visuell aufgezeichnet werden; es können ferner Justizmitarbeiter mit dem Ziel anwesend sein, die zwischen dem Inhaftierten und seinem Anwalt geführten Gespräche zu verfolgen. Es können ferner Dokumente oder Kopien von Dokumenten und Akten, die der Inhaftierte seinem Anwalt oder der Anwalt dem Inhaftierten übergibt, und ihre Notizen bzw. schriftliche Aufzeichnungen über die Gespräche zwischen ihnen beschlagnahmt oder aber Beschränkungen hinsichtlich des Tages und der Uhrzeit der Gespräche auferlegt werden. Falls sich herausstellt, dass das Gespräch, das der Festgenommene führt, in der oben beschriebenen Absicht und mit den oben beschriebenen Zielen geführt wird, ist

dies unter sofortiger Beendigung des Gesprächs unter Angabe der entsprechenden Begründung hierfür protokollarisch festzuhalten. Vor Beginn des Gesprächs sind die beteiligten Parteien diesbezüglich zu belehren. Bezüglich des Inhaftierten können im Falle der Aufsetzung eines derartigen Protokolls auf Antrag des Staatsanwalts der Republik durch die Strafkammer des Friedensgerichts bzw. durch die Gerichtsbarkeit der Kleinen Strafkammer weitere Gespräche zwischen dem Inhaftierten und seinen Anwälten untersagt werden. Der Beschluss über dieses Verbot ist unverzüglich dem Inhaftierten und dem Präsidium der zuständigen Rechtsanwaltskammer mitzuteilen, damit für den Inhaftierten ein neuer Rechtsanwalt verpflichtet werden kann. Vom Staatsanwalt der Republik kann die Auswechslung des von der Rechtsanwaltskammer benachrichtigten Rechtsanwalts beantragt werden. Dem beauftragten bzw. dienstverpflichteten Rechtsanwalt ist ein Honorar gemäß Paragraph 13 des Gesetzes Nr. 5320 vom 23.3.2005 über die Geltung und Anwendung der Türkischen Strafprozessordnung zu zahlen.

e) Untersuchungshäftlinge dürfen vorbehaltlich des Vorliegens gültiger Dokumente über das Verwandtschafts- bzw. Rechtsverhältnis lediglich von Ehegatten sowie Blutverwandten bis zum zweiten Grad und angeheirateten Verwandten ersten Grades sowie von ihrem Vormund oder Betreuer besucht werden. Dem Justizministerium und der Staatsanwaltschaft der Republik bleibt die Erteilung der Berechtigung vorbehalten. Untersuchungshäftlinge dürfen vom Recht auf telefonische Kommunikation nur einmal in 15 Tagen und beschränkt auf die in diesem Unterabsatz benannten Personen Gebrauch machen, wobei das Telefongespräch nicht länger als 10 Minuten dauern darf.

f) Protokolle, die von in Strafvollzugsanstalten tätigen Bediensteten des öffentlichen Dienstes aufgesetzt werden, in denen die Untersuchungshäftlinge einsitzen, sind nicht mit dem Klarnamen des betreffenden Bediensteten, sondern lediglich mit einer Register- bzw. Personalnummer zu versehen. In den Fällen, in denen es erforderlich ist, die Aussage der Bediensteten der Anstalt heranzuziehen, erfolgt die Zustellung der ergangenen gerichtlichen Ladung bzw. schriftlichen Aufforderung, vor Gericht zu erscheinen, an die Adresse der Arbeitsstelle des Bediensteten. In den von diesen Personen aufgesetzten Aussage- und Verhandlungsprotokollen muss die Adresse der Arbeitsstelle der Betroffenen ersichtlich sein.

g) In laufenden Strafermittlungsverfahren kann der gemäß Paragraph 149 des Gesetzes Nr. 5271 Strafprozessordnung vom 4.12.2004 gewählte bzw. gemäß Paragraph 150 desselben Gesetzes verpflichtete Verteidiger mit einem Verbot belegt werden, sein Mandat als Verteidiger auszuüben, falls gegen ihn aufgrund von in diesem Paragraphen benannten Straftaten ein Strafermittlungs- bzw. Strafverfolgungsverfahren anhängig ist. Bezüglich des Antrags des Staatsanwalts der Republik auf ein entsprechendes Verbot hat unverzüglich ein Beschluss durch die Strafkammer des Friedensgerichts bzw. durch die Gerichtsbarkeit der Kleinen Strafkammer zu erfolgen. Der Beschluss über ein entsprechendes Verbot ist unverzüglich dem Verdächtigen und dem Präsidium der zuständigen Rechtsanwaltskammer mitzuteilen, damit für ihn ein neuer Rechtsanwalt verpflichtet werden kann.

ğ) In laufenden Strafermittlungs- bzw. Strafverfolgungsverfahren dürfen während der Aufnahme der Aussage und der Vernehmung oder in der Gerichtsverhandlung höchstens drei Rechtsanwälte anwesend sein.

h) Bei Strafgerichten ist vor Beginn der Hauptverhandlung die Anklageschrift bzw. das Schriftstück, das die Stelle der Anklageschrift einnimmt, zu verlesen oder aber zusammenfassend darzulegen.

1) Bezüglich der Untersuchungshaft gestellte Anträge auf Haftprüfung, Haftbeschwerde und Haftentlassung können nach Aktenlage entschieden werden.

i) In Situationen, die der Richter oder das Gericht als dafür angemessen erachtet, kann die Vernehmung des Verdächtigen oder Angeklagten zeitgleich unter Verwendung visueller und auditiver Kommunikationstechniken durchgeführt werden oder der Beschluss auf persönliche Anwesenheit des Betroffenen bei den Gerichtsverhandlungen gefasst werden.

Bemessung von monatlichen Invalidenrenten und weitere Rechte

Paragraph 7 - (1) Hinsichtlich Zivilisten, die aufgrund des Putschversuches vom 15.7.2016 und von Terroraktivität bzw. bei als Fortsetzung dieser Terroraktivität zu bewertenden Anschlägen ums Leben gekommen oder invalide geworden sind, sind bei der Berechnung der im Geltungsumfang von Paragraph 21 Absatz 1 Unterabsatz (j) des Gesetzes Nr. 3713 über den Kampf gegen den Terror festzusetzenden monatlichen Renten die Bestimmungen von Unterabsatz (h) desselben Absatzes zugrunde zu legen, und es ist ihnen selbst oder ihren Begünstigten in gleicher Form auch die Inanspruchnahme der übrigen Rechte zuzubilligen, die in den betreffenden Gesetzesbestimmungen denjenigen Personen gewährt werden, die unter den Geltungsumfang des besagten Unterabsatzes (h) fallen. Jedoch darf die Gesamtsumme der als Rente für ihre verwitweten Ehepartner und Waisen festzusetzenden monatlichen Rente nicht geringer sein als die Rente, die für den Invaliden oder aber für den Verstorbenen selbst festgesetzt würde. Außerdem kommen für diese Personen und die infolge dieser Anschläge Verletzten die Bestimmungen hinsichtlich finanzieller Entschädigung des Gesetzes Nr. 2330 vom 3.11.1980 über finanzielle Entschädigung und die Festlegung monatlicher Rentenzahlungen zur Anwendung. Bei den in dieser Form festzusetzenden monatlichen Rentenzahlungen hat die Bedingung, dass beim Versicherten bei der Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge einschließlich der Beiträge zur allgemeinen Krankenversicherung, keine Rückstände und kein Verzug vorliegen dürfen, keine Anwendung zu finden.

(2) Die Renten- bzw. Pensionssonderzulagen für Personen, die in den Geltungsumfang von Absatz 1 fallen und im Geltungsumfang des Gesetzes Nr. 5434 vom 8.6.1949 über die Renten- und Pensionskasse der Republik Türkei einen Anspruch auf Renten- bzw. Pensionssonderzulagen haben, sind unter Zugrundelegung der Bestimmungen des Gesetzes Nr. 3713 Paragraph 21, Absatz 1, Unterabsatz (a) zu zahlen, wobei sie nicht geringer sein dürfen als das 115fache des Monatsgehalts des höchsten Staatsbediensteten (einschließlich Zusatzindikator⁶). Zivilisten bzw. im Todesfall deren gesetzliche Erben, die zwar in den Geltungsumfang von Absatz 1 fallen, aber keinen Anspruch auf Renten- bzw. Pensionssonderzulagen haben, ist von den zuständigen Einrichtungen im Rahmen der Grundsätze und Prinzipien bezüglich finanzieller Entschädigung das 170fache des Monatsgehalts des höchsten Staatsbediensteten (einschließlich Zusatzindikator) zu zahlen, falls der Grad der Invalidität so hoch ist, dass die Invaliden nicht in der Lage sein werden, ein eigenständiges Leben zu führen und auf die Hilfe und Unterstützung anderer angewiesen sind; den übrigen Invaliden wiederum ist von den zuständigen Einrichtungen im Rahmen der Grundsätze und Prinzipien bezüglich finanzieller Entschädigung eine Zusatzentschädigung in Höhe des 115fachen

⁶ Anm. d. Übers.: Methode zur Berechnung der monatlichen Bruttogehälter und Renten bzw. Pensionen der türk. Staatsbediensteten in Form eines Zusatzpunktesystems mittels eines sich an der Höhe des Bruttogehalts orientierenden monatlichen Koeffizienten.

des Monatsgehalts des höchsten Staatsbediensteten (einschließlich Zusatzindikator) zu zahlen.

Dienstbarkeit, Nutznießungsrechte und Nichtigkeitserklärung von Mietverträgen

PARAGRAPH 8-(1) Die Dienstbarkeit und Nutznießungsrechte von Nutzern und Mietern sowie ihre Mietverträge werden von der zuständigen Einrichtung oder Institution von Amts wegen für nichtig erklärt, falls bezüglich dieser Nutzer und Mieter deren Mitgliedschaft in bzw. Nähe oder Verbindungen zu Strukturen, Formationen und Gruppen oder Terrororganisationen als erwiesen gelten, hinsichtlich derer wiederum festgestellt wurde, dass sie die nationale Sicherheit bedrohen. Dabei gilt die Nichtigkeitserklärung für jedwede Art von Immobilien und Grundstücken, die sich im Besitz folgender Institutionen befinden: Öffentliche Verwaltungsbehörden im Geltungsumfang des Gesamthaushalts sowie Verwaltungsbehörden im Geltungsumfang eines Sonderhaushalts, deren Eigentum im Gesetz Nummer 5018 vom 10.12.2003 über die Öffentliche Finanzverwaltung und -Kontrolle aufgeführt ist, Regulierungs- und Aufsichtsbehörden, Einrichtungen der sozialen Sicherheit, Kommunalverwaltungen sowie von diesen Verwaltungen gegründete Vereinigungen und Unternehmen, per Sondergesetz gegründete andere öffentlichen Einrichtungen, Räte, Oberste Räte und deren Einrichtungen, öffentliche Wirtschaftsunternehmen und an sie angeschlossene Gesellschaften, Unternehmen und Betriebe sowie die übrigen Gesellschaften und Stiftungen, deren Kapital zu mehr als 50% in öffentlichem Besitz ist.

Verantwortlichkeit und Haftung

PARAGRAPH 9-(1) Personen, die im Geltungsumfang dieser Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft Entscheidungen treffen bzw. Beschlüsse fassen und damit im Rahmen ihrer dienstlichen Pflichten handeln, erwächst aus der Wahrnehmung dieser ihrer dienstlichen Pflichten keine juristische, disziplinarische, finanzielle und strafrechtliche Verantwortlichkeit und Haftung.

Aussetzung der Gültigkeit

PARAGRAPH 10-(1) Bei Klagen, die aufgrund der im Geltungsbereich dieser Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft gefassten Beschlüsse und daraus resultierenden Verwaltungsakte angestrengt werden, kann bezüglich deren Gültigkeit kein Beschluss über eine Aussetzung getroffen werden.

Zeitpunkt des Inkrafttretens

PARAGRAPH 11-(1) Diese Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft tritt zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Ausführungsorgane

PARAGRAPH 12-(1) Ausführendes Organ der Gesetzesbestimmungen dieser Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft ist der Ministerrat.

Binali YILDERIM
Ministerpräsident

Recep Tayyip ERDOĞAN
STAATSPRÄSIDENT

N. CANIKLI Stellvertretender Ministerpräsident	N. AĞBAL Stellvertretender Ministerpräsident	N. KURTULMUŞ Stellvertretender Ministerpräsident	Y. T. TÜRKEŞ Stellvertretender Ministerpräsident
V. KAYNAK Stellvertretender Ministerpräsident	B. BOZDAĞ Justizminister	F. B. SAYAN KAYA Minister für Familie und Sozialpolitik	Ö. ÇELİK Minister für EU- Angelegenheiten
F. ÖZLÜ Minister für Wissenschaft, Industrie und Technologie	S. SOYLU Minister für für Arbeit und Soziale Sicherheit	M. ÖZHASEKİ Minister für Umwelt und Stadtplanung	M. ÇAVUŞOĞLU Außenminister
N. ZEYBEKÇİ Wirtschaftsminister	B. ALBAYRAK Minister für Energie und Natürliche Ressourcen	A. Ç. KILIÇ Minister für Jugend und Sport	F. ÇELİK Minister für Ernährung Landwirtschaft und Viehzucht
B. TÜFENKÇİ Zoll- und Handelsminister	E. ALA Innenminister	L. ELVAN Minister für Entwicklung	S. SOYLU Minister für Kultur und Tourismus
N. AĞBAL Finanzminister	İ. YILMAZ Erziehungsminister	F. IŞIK Verteidigungsminister	
V. EROĞLU Minister für Forstwirtschaft und Wasserangelegenheiten	R. AKDAĞ Gesundheitsminister	A. ARSLAN Minister für Verkehr Maritime Angelegenheiten und Kommunikation	

**BESCHLUSS ÜBER DIE LANDESWEITE AUSRUFUNG DES NOT- BZW.
AUSNAHMEZUSTANDS**

BESCHLUSS Nr. 1116

DATUM DES BESCHLUSSES: 21.07.2016

Der vom Ministerrat am 20.07.2016 gefasste Beschluss über die Ausrufung des landesweiten Not- bzw. Ausnahmezustands ab Donnerstag, den 21.07.2016, 01.00 Uhr für die Dauer von 90 Tagen gemäß Artikel 120 der Verfassung und Paragraph 3, Absatz 1, Unterabsatz (b) des Gesetzes Nr. 2935 über den Not- bzw. Ausnahmezustand ist vom Plenum der Großen Türkischen Nationalversammlung in seiner 117. Sitzung am 21.07.2016 gebilligt worden.